

Zur Bedeutung der Zivilgesellschaft im Klimawandel

Wirksamer Klimaschutz mit Bürgerräten

Die Chancen, die solch ein Bürgerrat bietet, werden in öffentlichen und politischen Debatten immer stärker wahrgenommen. Die Empfehlungen eines Klimabürgerrats binden die Politik zwar nicht, können aber für die notwendige Akzeptanz ambitionierten Klimaschutzes innerhalb der Bevölkerung sorgen.

Von Jana Bosse, Svenja Knoppik und Oliver Wiedmann

Schon lange ist Deutschland beim Klimaschutz kein Vorreiter mehr. Die Klimaschutzziele für 2020 wurden nur aufgrund der coronabedingten Wirtschaftseinschränkungen erreicht. Beim Kohleausstieg ist Deutschland im europäischen Vergleich ein aus der Zeit gefallenes Fossil und die wiederholten Reförmchen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) führen eher zu Verschlimmbesserungen als zu mutigen Weichenstellungen. Dem gegenüber steht eine wachsende Klimabewegung, deren Ruf nach Veränderung und einer sozial gerechten Zukunftsperspektive auf einem sich aufheizenden Planeten immer lauter wird. War es vor zehn Jahren noch fünf vor zwölf, ist nun klar, dass sich das Zeitfenster zur Einhaltung der Pariser Klimaziele schließt. Und nicht nur das: Es ist auch klar, dass die nötigen Maßnahmen für ein CO₂-neutrales Zusammenleben mit radikalen Veränderungen unserer momentanen Lebensweise einhergehen müssen. Der Alltag der Menschen wird sich an einen kleineren CO₂-Fußabdruck anpassen müssen, Produktions- und Konsumweisen müssen auf den Prüfstand.

Die wissenschaftliche Forschung hat sehr genau modelliert, welche Reduktionspfade möglich sind, welche Technologien weiter genutzt werden können und an welchen Stellen der Energie- und Ressourcenverbrauch gesenkt werden muss. Trotzdem gibt es auf politischer Ebene wenig Begeisterung dafür, die Diskussion über die Neuverteilung eines kleiner werdenden Emissionsbudgets zu führen. An dieser Stelle können Bürgerräte einen wertvollen Beitrag leisten. Sie sind in der Lage, Lösungsmöglichkeiten und auch die Schmerzgrenzen in der Bevölkerung auszuloten, um damit gesellschaftlich tragfähige Kompromisse zu identifizieren.

Das Besondere an Bürgerräten ist, dass die Teilnehmenden ausgelost werden und in ihrer Zusammensetzung die Bevölkerung abbilden. Bürgerräte sind damit unabhängig von partei-

politischen Interessen und wahltaktischen Überlegungen. Da jede Person die gleiche Chance auf Teilhabe hat und zudem ein Querschnitt der Bevölkerung vertreten ist, genießen ihre Empfehlungen eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz. Für ihre Beratungen erhalten die Teilnehmenden wissenschaftliche Informationen, in gut aufbereiteter Form, auf deren Grundlage sie Maßnahmen entwickeln. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, wenn sie gut informiert werden und in einem geschützten Rahmen diskutieren können, bereit sind, andere Perspektiven einzunehmen und ihre Meinung zu ändern. Bereits durchgeführte Klimabürgerräte zeigen, dass in diesen Aushandlungsprozessen keineswegs der kleinste gemeinsame Nenner gesucht wird. Im Gegenteil: Der Deliberationsprozess, das heißt die gemeinsame Beratschlagung, befördert sowohl radikalen als auch mehrheitsfähigen Klimaschutz.

Das Vorbild Frankreich

Die im Juni vorgelegten Ergebnisse des französischen Klimabürgerrats haben in der internationalen Demokratie- und Klimabewegung für großes Interesse gesorgt. Getrieben von den Gelbwesten-Protesten gegen die Erhöhung der Benzinsteuern und mit dem Versprechen, die Empfehlungen ohne Filter umzusetzen, berief Emmanuel Macron im letzten Jahr die *Convention Citoyenne pour le Climat* ein. Der Bürgerrat hatte den Auftrag, sozial ausgewogene Maßnahmen zu erarbeiten, wie Frankreich 40 % der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen bis 2030 einsparen kann. Die 149 Empfehlungen befinden sich nun in der parlamentarischen Beratung.

Abzuwarten bleibt, inwiefern Macron sein Versprechen, bei der Umsetzung keinen Filter anzulegen, einlöst. Schon kurz nach Abschluss des Bürgerrats im Juni 2020 kündigte Ministerpräsident Castex als ersten Schritt 20 Milliarden Euro an Fördermitteln für energetische Gebäudesanierungsmaßnahmen an. Der nun vorliegende Gesetzentwurf, der die Empfehlungen zusammenfassen soll, greift zentrale Forderungen auf, enthält aber auch große Lücken. So sollen Kurzstreckenflüge, Außenheizungen und schlecht gedämmte Wohnungen verboten und umweltschädliche Autos in Städten beschränkt werden. Es soll ein neuer Straftatbestand, der Ökozid, eingeführt und per Referendum über die Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in die Verfassung entschieden werden. Umweltinitiativen und auch die Bürgerräte selbst kritisieren schon, dass es nicht einmal die Hälfte der Empfehlungen in den Gesetzentwurf geschafft hat. Es gehört also auch zur Wahrheit: Die Empfehlungen eines Bürgerrats sind unverbindlich. Es gibt keine Garantie

für deren Umsetzung. Trotzdem können sie der Politik helfen, unangenehme, aber notwendige Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Ein Klimabürgerrat für Berlin

Oftmals wird die Politik nicht von sich aus aktiv. In Berlin kam der Wunsch nach einem Klimabürgerrat aus der Bevölkerung. Für die Initiative Klimaneustart Berlin ist er ein wichtiger Baustein, um mutige Entscheidungen an die Stelle kleiner Schritte der momentanen Klimapolitik zu setzen. Das direktdemokratische Verfahren der Volksinitiative schien hier das richtige Instrument. Mit 32.000 Unterschriften hat sie die Idee auf die Agenda des Abgeordnetenhauses gesetzt. Ziel ist, den Bürgerrat noch in dieser Wahlperiode einzusetzen. Und die Chancen dafür stehen nicht schlecht: Zwei Koalitionspartner (LINKE und Grüne) unterstützen die Forderung bereits. Grundlage für die Arbeit des Bürgerrats könnte eine vom Senat in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie sein. Diese soll aufzeigen, welchen Beitrag Berlin zur Klimaneutralität leisten muss, um die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten. Die Veröffentlichung ist im Frühjahr geplant. Außerdem soll zu Beginn der kommenden Wahlperiode das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm überarbeitet werden. Hierzu könnte der Bürgerrat Empfehlungen ausarbeiten. Flankierend ist ein Volksbegehren für ein klimaneutrales Berlin bis 2030 in den Startlöchern, um zusätzlich Druck zu entfalten.

Die Idee ist, dass der Bürgerrat vor allem die politischen Zielkonflikte, die Klimaschutz aktuell so schwierig machen, bearbeitet. Dies kann gelingen, da durch seine Zusammensetzung vielfältige Perspektiven aus der Stadtgesellschaft zur Sprache kommen. Die Herausforderung, Lösungsansätze zu entwickeln, ist allerdings groß. Bei einzelnen Fragen verlaufen tiefe Gräben durch die Stadtgesellschaft, zum Beispiel im Verkehrsbereich. Die Mobilitätswende, die in Berlin gerade wieder durch ein Volksbegehren vorangetrieben wird, bringt Auto- und Fahrradfahrer/innen sowie Innenstadt- und Randbezirke gegeneinander auf. Ein Garant für hitzige Debatten ist auch die Frage der Flächennutzung. Hier kommen sich der Erhalt von Grünflächen und der Wohnungsbau in die Quere. Das Tempelhofer Feld steht wie kaum eine andere Fläche symbolisch für diese Auseinandersetzung. Mit der energetischen Gebäudesanierung wird Berlin eine Menge CO₂ einsparen können. Diese aber kann sich ohne Begleitmaßnahmen zulasten bezahlbarer Wohnungen auswirken – ebenfalls ein Dauerkonflikt in Großstädten. Bürgerräte haben hier das Potenzial, Brücken zu bauen und Gegensätze aufzulösen.

Feigenblatt oder wirksames Instrument der Stadtgesellschaft?

Mit der Vielzahl bislang europaweit durchgeführter Bürgerräte konnte bereits viel Erfahrung mit dem Instrument gesammelt werden. Sie können sehr unterschiedlich organisiert sein.

Werden sie direkt von politischen Entscheidungsträger/innen eingesetzt, gewährleistet das eine bessere Rückbindung an den politischen Prozess und erhöht die Chance der politischen Umsetzung der Empfehlungen. Auch die Berliner Initiative Klimaneustart wünscht sich eine Einsetzung des Bürgerrats durch das Abgeordnetenhaus. Dass auch andere Wege möglich sind, zeigt die Initiative für einen bundesweiten, zivilgesellschaftlich organisierten Klimabürgerrat, angestoßen von den *Scientists for Future*. Dieser wird voraussichtlich ohne politisches Mandat arbeiten. Die dort geführten Diskussionen und die erarbeiteten Empfehlungen können jedoch einen Maßstab für die Klimapolitik der nächsten Bundesregierung setzen, so die Hoffnung der Initiator/innen, denn für klimapolitischen Stillstand ist keine Zeit mehr.

Das Beispiel des französischen Klimabürgerrats verdeutlicht, dass ein Bürgerrat allein kein Garant für ambitionierte Klimapolitik ist. Um eine bestmögliche Umsetzung der Maßnahmen zu erreichen, ist Druck vonseiten der Zivilgesellschaft notwendig. Das Beispiel Frankreich zeigt, dass dies auch dort gilt, wo politische Unterstützung bereits zugesagt wurde. Demzufolge kann es wichtig sein, den Umsetzungsprozess mit weiteren Elementen direkter Demokratie zu flankieren. Der Vorteil in Berlin ist, dass mit einem Volksbegehren, ob nach oder parallel zu einem Klimabürgerrat, Druck entfaltet werden kann, die Ergebnisse ernst zu nehmen. Denn sollte die Politik bei der Umsetzung auf die Bremse treten, könnte auch ein Volksentscheid für ambitionierten Klimaschutz in der Stadt sorgen.

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Dr. Jana Bosse, Politikwissenschaftlerin und Soziologin, arbeitet als Campaignerin bei BürgerBegehren Klimaschutz.

BürgerBegehren Klimaschutz e. V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Tel.: +49 30 922509-19, E-Mail: bosse@buerger-begehren-klimaschutz.de

Svenja Knoppik, Aktivistin für Klimagerechtigkeit, Campaignerin Klima-Volksentscheid bei Klimaneustart Berlin.

Klimaneustart Berlin, Glogauerstr. 25, 10999 Berlin. E-Mail: svenja.knoppik@klimaneustart.berlin

Oliver Wiedmann, Sozialwissenschaftler, Sprecher Mehr Demokratie Berlin/Brandenburg. Mehr Demokratie e. V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel.: +49 30 420823-70, E-Mail: oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

